

# THOMAS KOCH

## Ost-Identität. Anker – Anspruch – Anschlußmöglichkeiten

Wer auch immer politisch in den neuen Bundesländern etwas werden oder auf den Weg bringen will, trifft seit geraumer Zeit auf eine »Konstellation«, die seinen jeweiligen Absichten ermöglichend wie begrenzend gegenübersteht. Diese wird in der Sprache der politischen Publizistik und in den Sozialwissenschaften höchst unterschiedlich bezeichnet. Die Rede ist von »ostdeutschem Wir-Bewußtsein«, »Ost-Trotz«, »Ostalgie«, »Nostalgie«, »Ost-Identität«, »neuem Selbstbewußtsein im Osten«, »Wir-Gefühl«. Gemeint sind *kollektive Bindungen an wie Orientierungen auf die teilnationale Einheit der neuen Bundesländer und ihnen eingeschriebene Abgrenzungen nach dem Modell »Wir« – »Sie«*.

Ich möchte im folgenden Konturen ostdeutschen »Wir-Bewußtseins« beschreiben und einige seiner *politischen* Implikationen und Anschlußmöglichkeiten diskutieren. Das Vorgehen wird von folgenden Erwägungen und Schritten bestimmt:

Es ist zunächst sinnvoll, den Einstieg über den zeitgenössischen Diskurs zu suchen. Er bietet sowohl Zugänge zu den leitenden Perspektiven als auch zu Facetten des zur Debatte stehenden Phänomens. An diesen Problemaufriß schließt ein theoretisch orientierter Abschnitt an, der das zugrundeliegende Verständnis von »Wir-Gruppen« entwickelt. In einem dritten Schritt werden Grundanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« präsentiert und einige seiner politischen Optionen ausgelotet.

Im Interesse der Überschaubarkeit und um den Gedankengang nicht übermäßig zu zersplittern, werden Tabellen, die die entwickelten Positionen belegen, in einem Anhang aufgeführt.

### *Facetten »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«*

In den Sozialwissenschaften und in der politischen Publizistik wird ein Diskurs über »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« geführt, der von sehr unterschiedlichen Wahrnehmungen und Erfahrungen geleitet wird.

(A) Aus *gewerkschaftlicher* Perspektive zeichnen sich viele Belegschaften im Osten durch eine schier grenzenlose Duldsamkeit und Hinnahmefähigkeit<sup>1</sup> aus. Inner- und überbetriebliche Solidarität der Beschäftigten sind ein knappes Gut. Wie soll da ein darüber hinausreichendes »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« wachsen?

(B) Manche Diskursteilnehmer halten »Ost-Identität« und dergleichen für ein Phantom, für ein *Medienkonstrukt*, ja für eine *unsinnige Erfindung der Westdeutschen*, weil einerseits die

Thomas Koch – Jg. 1947; Dr. sc. phil.; Studium der Kulturwissenschaft (1968-72) und Promotion (1975) und Habilitation (1987) an der Humboldt-Universität zu Berlin. Ab 1975 in Lehre und/oder Forschung tätig; wissenschaftlicher Mitarbeiter am BISS e.V. seit 1990; Betreiber des Office für Publizistik und Trendanalyse; Veröffentlichungen zum ostdeutschen Transformationsfall, konzentriert auf die Fragen: Wer sind die Ostdeutschen (Einstellungen, Deutungs- und Handlungsmuster, Identität)? Und Woher kommen und wohin treiben die Angehörigen des neuen »Mittelstandes-Ost«?

1 Vgl. Andreas Molitor: Der Späth-Kapitalismus und die Minenhunde, in: Berliner Zeitung vom 2. Juni 1998.

deutsch-deutschen Gemeinsamkeiten größer seien als die Unterschiede und andererseits die Binnendifferenzierung der ostdeutschen Gesellschaft vernachlässigt werde.<sup>2</sup>

(C) Aber auch Beobachter, die Ost-West-Unterschiede sehr wohl anerkennen (und zudem die Binnendifferenzierung des Ostens berücksichtigen), bezweifeln die Existenz »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«: »Der Osten ist gemessen an der gesamten Bundesrepublik ein spezifischer Sozial- und Kommunikationsraum. Insofern ist er eine relative Einheit. Das ist allerdings der einzige Nenner, auf den der Osten noch zu bringen ist: Er unterscheidet sich vom Westen. Ansonsten ist er in sich differenziert.«<sup>3</sup>

(D) Für eine Reihe empirisch arbeitender westdeutscher Analytiker und Interpreten ist »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« hingegen keineswegs eine Fiktion, sondern *ein überaus reales und* unter dem Aspekt der »Vollendung der Einheit« *problematisch erscheinendes Faktum*. Erkennbar, so Bettina Westle, ist der »Trend einer emotionalen Rückwendung zur ... DDR bzw. die verstärkte Bindung an die teilnationale Einheit der neuen Bundesländer...«<sup>4</sup>. Problematisch daran ist, daß »... beide zunehmend miteinander, nicht aber mit einer Bindung an das vereinte Deutschland verknüpft werden«<sup>5</sup>. Für den politischen Journalisten mit westdeutscher Sozialisation ist das »ostdeutsche Sondertümelei und Verweigerungshaltung«<sup>6</sup>.

(E) Eine durchaus eigenständige Annäherung an »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« lassen einige Intellektuelle wie Wolf Biermann, Monika Maron, Stephan Hilsberg und Richard Schröder erkennen. Für sie ist jenes ostdeutsche »Wir« (ähnlich wie bei der unter (D) skizzierten Deutung) keineswegs ein Papiertiger oder eine sozial folgenlose Attitüde, sondern allgegenwärtig – als bewußtes Sein der von der SED-Diktatur seelisch verkrüppelten Menschen (Biermann; ähnlich Schröder) oder als »Bündel antiwestlicher, anti-marktwirtschaftlicher, antidemokratischer Ressentiments« (Hilsberg). Und für Maron, die nach eigenem Bekunden an einer »Zonophobie« leidet, ist allein schon »ostdeutsch« ein Reizwort und wenn es gar noch als »Wir« daherkommt »die Inkarnation des Bösen und Regressiven schlechthin«<sup>7</sup>. Während im Westen »Ostalgie«, Wahlentscheidungen zugunsten der PDS, rechte und fremdenfeindliche Gewalttaten sowie der Einzug der DVU in den Landtag von Sachsen-Anhalt Befürchtungen nähren, der ganze Osten könnte politisch-geistig »wegbrechen«, bestätigen »Insider« mit Ostbiographien wie Biermann, Maron, Schröder und Hilsberg diese Ängste, aber sie bieten auch Entlastendes.

*Bestätigt* werden im Westen verbreitete Deutungen dadurch, daß die genannten Insider jeweils (auf eigene Weise) »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« mit konkurrierenden völkischen »Wir-Bezügen« im Osten, die auf die Vorrangigkeit des Deutschen und der Deutschen abheben, unzulässig gleichsetzen bzw. aus ein und derselben Wurzel genetisch ableiten.<sup>8</sup> Im Unterschied zu vielen Strategen im Westen, die am Ende ihres Lateins sind, scheinen die »Insider« über ein plausibles Konzept zu verfügen. Sie verweisen als Etablierte, geleitet von einem affirmativen Verhältnis zur Bundesrepublik mit Nachdruck auf ein anderes, zweites Ostdeutschland, das weder Schwierigkeiten mit der Einheit hat noch eines ostdeutschen

2 Vgl. Stefan Berg: Die neue deutsche Sippenhaft, in: Der Spiegel, 1996, H. 39, S. 53ff.

3 Rolf Reißig: Der Osten will nicht verachtet werden, in: TAZ vom 23./24. Mai 1998.

4 Bettina Westle (1997): Einstellungen zur Nation und zu den Mitbürgern, in: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 79.

5 Ebenda.

6 Jens Jessen: Geschichtsfälscher im Wahlkampf, in: Berliner Zeitung vom 28. Mai 1998.

7 Ostdeutsch steht für »larmoyantes Gemaule über »die da oben«, ... Fußtritte und Totschläge gegen »die da unten«, für autoritäre Erziehung, mangelhafte Bildung, Minderwertigkeitskomplexe (Maron 1998:!).

8 »Ostdeutschland«, so Hilsberg in der »Süddeutschen Zeitung« vom 7. Mai 1998, »steckt voller Ressentiments, die an einer anti-marktwirtschaftlichen, anti-

westlichen... Haltung zu erkennen sind. An erster Stelle ist hier die PDS zu nennen, die diese Ressentiments geradezu erzeugt... In der Breite, in der Ressentiments in Ostdeutschland anzutreffen sind, bilden sie einen ausgezeichneten Nährboden für den Rechtsextremismus«.

9 Vgl. Heinrich August Winkler (1997): Abschied von den Sonderwegen, in: Ders. Streiffragen der deutschen Geschichte, München, S. 141f.

10 Thomas Ahbe (1997): Ostalgie als Selbstermächtigung. Zur produktiven Stabilisierung ostdeutscher Identität, in: Deutschland Archiv, H. 4, S. 614-619.

11 Vgl. Lothar Fritze (1997): Die Gegenwart des Vergangenen. Über das Weiterleben der DDR nach ihrem Ende, Weimar Köln Wien.

12 Vgl. Thomas Koch (1997): Ostdeutsche Identitätsbildungen in der dualistischen Gesellschaft. Fokus – Phänomenologie – Forschungsfragen, in: Berliner Debatte Initial, H. 8, S. 93-108.

13 Lothar Fritze (1997): Die Gegenwart des Vergangenen..., a.a.O., S. 107f.

14 Vgl. Thomas Koch (1997): Ostdeutsche Identitätsbildungen..., a.a.O.

15 Unter »Eliten« werden hier die Inhaber von gehobenen und Schlüsselpositionen verschiedener (einschließlich lokaler) Ebenen in Wirtschaft, Politik, Forschung, Wissenschaft, Bildung, Justiz, Kirche, Kultur, Kunst, Freizeitindustrie usw.

»Wir-Gefühls« bedarf. Mithin legen sie »dem Westen« nahe, sich entschiedener auf die »Gewinner«, auf Ostdeutsche wie ihresgleichen zu stützen und die politische, soziale und kulturelle Differenzierung des Ostens voranzutreiben. Es ist daher nur konsequent, wenn Maron (wie auch Schröder) Ost-West-Gegensätze für irrelevant gegenüber Scheidelinien in der Ost-Ost-Dimension hält. Aus der Sicht der »Insider« stellt sich ostdeutsches »Wir-Gefühl« als Deformation, als bedrohliche Attitüde deformierter Menschen dar. Wie auch viele westdeutsche Beobachter meinen sie, daß jenes »Wir« von der PDS und ihrem Umfeld kultiviert und instrumentalisiert werde.<sup>9</sup>

(F) Für Sozialwissenschaftler wie Thomas Ahbe<sup>10</sup>, Lothar Fritze<sup>11</sup> oder auch Thomas Koch<sup>12</sup> stellt sich hingegen die Heraufkunft »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« als eine sehr wohl ambivalente, jedoch *unausweichliche Antwort auf die Herausforderungen von Wende und Umbruch* dar. Lothar Fritze bringt Entstehungsbedingungen und Funktionen von »Ost-Identität« auf den Punkt, wenn er bemerkt: »Typische Prägungen aus der DDR-Zeit, ähnliche Schwierigkeiten unter den neuen Verhältnissen und daraus resultierende Übereinstimmungen in der Interessenlage lassen nach dem Abebben der Vereinigungseuphorie eine Identität der Ostdeutschen aufleben: Diese ... ist genetisch betrachtet eine Reaktion auf empfundene kollektive Subalternität...; funktional betrachtet ein Schutzwall gegen befürchtete soziale und moralische Deklassierung sowie ein Medium der Artikulation gemeinsamer Ost-Interessen.«<sup>13</sup>

Herausgestellt wird ferner, daß es vor allem und in erster Linie *die neuen Mittelschichten Ostdeutschlands sind, die als entschiedene Träger »ostdeutschen Wir- und Selbstbewußtseins« agieren*<sup>14</sup>. »Ost-Identität« erweist sich zudem als sozialer Kitt für Arrangements zwischen den neuen ostdeutschen »Eliten«<sup>15</sup> unterschiedlicher sozial-geographischer Herkunft und Sozialisation<sup>16</sup>.

(G) In dem Maße, wie Ostdeutschland von der westdeutschen Blaupause zum Experimentierfeld avanciert(e), stellt sich die Frage, ob »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« politische wie soziale Innovationen eher verhindert oder fördert. Aus der Sicht politischer Unternehmer wie Biedenkopf<sup>17</sup> oder Späth hat sich der Osten bislang als erstklassiges fremd-bestimmbares Experimentierfeld, als »*Minenhund des Westens*« (Späth) empfohlen. Die Heraufkunft »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« könnte als Sand im »Erneuerungs-Getriebe« wirken. Andere Akteure versuchen, »Ost-Identität« *in den Dienst von Entwicklungszielen (oder das Abwehren von Zumutungen) zu stellen*. Dies klingt etwa an, wenn Reinhard Höppner in einer »politischen Bibelstunde« auf dem Kirchentag in Leipzig zu verstehen gibt, die »Ostalgie gehört zu unserem Weg in eine freie Zukunft«. Unter den verschiedenen Ansätzen in dieser Hinsicht ragen zwei durch ihre strategische Reichweite heraus: Was etwa das *Forum Ostdeutschland*<sup>18</sup> bei allen Unterschieden in der Intention und Anlage mit dem *Rostocker Manifest*<sup>19</sup> gemein hat, ist jeweils der Anspruch und Versuch, Politik in, für und aus Ostdeutschland mit einem gesamtdeutschen Reformansatz zu verknüpfen. »Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« wird zur *Quelle und Triebkraft selbstbestimmten Experimentierens*.

Wenngleich die offerierten Perspektiven Facetten des zur Debatte stehenden Phänomens andeuten, läßt es sich so nicht erfassen und bewerten. Dazu sind die Maßgaben zu unterschiedlich, von denen sich die Teilnehmer am Diskurs über »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« leiten lassen. Wenn schon strittig ist, ob jenes »Wir« für eine empirisch wahrnehmbare Realität steht, ist eine Annäherung der Standpunkte hinsichtlich der Funktions- und Wirkungszusammenhänge von »Ost-Identität«, ihrer Entstehungsbedingungen und sozialen Träger kaum zu erwarten. Daher empfiehlt sich ein theoretischer Exkurs, der die Kriterien entwickelt und benennt, denen ich bei der anschließenden Bestimmung »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« folgen werde.

»Wir-Bewußtsein« bei anonymen, sozial differenzierten Großgruppen

Zu allen Zeiten klassifizieren Menschen sich selbst und andere nach sozialen Merkmalen, bestimmen so Zugehörigkeiten und gewinnen dadurch Selbstverständnis und Orientierungswissen. Sich selbst zum Gegenstand der eigenen Wahrnehmung zu machen und als Ich oder/und Wir zu identifizieren, ist das Ergebnis einer spezifischen Leistung. Dabei gehe ich – Elias<sup>20</sup> folgend – von der »Ich-Wir-Balance« aus. Sie besagt, es gibt weder ein »ich-loses Wir«, noch ein »wir-loses-Ich«. Denn nur im sozialen Austausch mit anderen gewinnen Individuen Selbst-Bewußtsein. »Ich-Identität« und »Wir-Identität« (genauer mehrfache Wir-Identitäten) existieren im Verbund. »Wir-Identität« ist das Bewußtsein, bestimmten Gruppen anzugehören.

Unter den vielen möglichen Gruppen, denen man angehören kann und sich wie auch immer zugehörig weiß, lassen sich die »Wir-Gruppen« als eine Art Sonderfall abheben: sie unterstellen emotionale Bindungen von Individuen zu einem »Wir« und sie muten andererseits ihren Mitgliedern bestimmte Loyalitäts- und Solidaritätsstandards zu. Voraussetzungen für »Wir-Gruppenbildung« bieten vor allem überschaubare Kleingruppen. Großgruppen (Klassen, Nationen, Gesellschaften) fehlen diese Voraussetzungen. Auf dieser Ebene ist eine »Wir-Gruppenbildung« weitaus problematischer und schwieriger. »Treten sie (d.h. Großgruppen - T.K.) aber dennoch als Wir-Gruppen auf, so ist Vorsicht am Platze.«<sup>21</sup> Zum einen, weil es sich im Vergleich zu Kleingruppen um »unechte Wir-« bzw. »Pseudo-Wir-Gruppen« (Kreckel) handelt. Und zum anderen, weil die Gefahr sehr groß ist, daß diejenigen, die jenes »Wir« semantisch besetzen und politisch beherrschen, es instrumentalisieren.

Nun lassen sich vor allem zwei einflußreiche geistige Strömungen identifizieren, die nicht nur den Vorbehalt gegenüber kollektiven Identitäten auf der Ebene von Großgruppen systematisch herausstellen, sondern zudem in der Debatte über »Ost-Identität« höchst präsent sind – die (neo)marxistische Tradition und die viele Intellektuelle der alten Bundesländer verbindende Ablehnung von Gemeinschaften jeglicher Art.

In der *marxistischen wie neo-marxistischen Tradition* sind kollektive Identitäten auf der Ebene von Großgruppen bzw. komplexen, sozial differenzierten Gesellschaften entweder *unmöglich* oder – sollte es doch zu ihrer Ausbildung kommen – *reaktionär*<sup>22</sup>,

verstanden, die in der Lage sind, Entscheidungen von einiger Reichweite zu treffen. Zwar finden sich auch auf regionaler und lokaler Ebene Westimporte, jedoch spielen hier Einheimische qualitativ und quantitativ eine größere Rolle. Die einheimischen »Eliten« rekrutieren sich a) aus Personen, die bereits in der DDR in der zweiten, dritten oder vierten Reihe Verantwortung getragen haben; b) aus der einstigen DDR-Bürgerbewegung; c) aus Berufseinstiegern.

16 Vgl. Hans -J. Misselwitz (1996): Nicht länger mit dem Gesicht nach Westen. Das neue Selbstbewußtsein der Ostdeutschen, Bonn, S. 85.

17 Vgl. Kurt Biedenkopf (1994): Einheit und Erneuerung. Deutschland nach dem Umbruch in Europa, Stuttgart, S. 166.

18 Vgl. Sozialdemokratische Ost-West-Affären. C. Ritter befragte H. Misselwitz, R. Land und K.-J. Scherer zum Verhältnis von Ost- und Westdeutschen in der Sozialdemokratie, (1997), in: Berliner Debatte Initial, H. 4, S. 49-60.

19 Vgl. Christa Luft u.a. (1998): Rostocker Manifest. Für einen zukunftsfähigen Osten in einer gerechten Republik, Berlin.

20 Vgl. Norbert Elias (1987): Die Gesellschaft der Individuen, Frankfurt/M., S. 210.

21 Reinhard Kreckel: (1994): Soziale Integration und nationale Identität, Berliner Journal für Soziologie, H. 1, S. 15.

22 Vgl. W.I. Lenin (1915):

Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa, in: Ders.: Werke, Bd. 21, Berlin 1957.

23 Vgl. Jürgen Habermas (1976): Können komplexe Gesellschaften eine vernünftige Identität ausbilden?, in: Ders.: Zur Rekonstruktion des Historischen Materialismus, Frankfurt/M.

24 In der Debatte um »Ostalgie« berufen sich beispielsweise Vertreter des »Unabhängigen Historikerverbandes« wie Rainer Eckert einseitig auf das Unmöglichkeitstheorem. Freilich verhehlt Eckert auch nicht, wie wenig ihm eine »kollektive Ostidentität« politisch ins Konzept paßt – vgl. Rainer Eckert (1997): Ostidentität und Geschichtsbewußtsein, in: Deutschland Archiv, H. 5, S. 795-796.

25 Walter Reese-Schäfer (1996): Die politische Rezeption des kommunitarischen Denkens in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 36/96, S. 3.

26 Ronald Hitzler (1998): Posttraditionale Vergemeinschaftung. Über neue Formen der Sozialbindung, in: Berliner Debatte Initial, H. 1, S. 85.

27 Karl Otto Hondrich u.a. (1993): Arbeitgeber West. Arbeitnehmer Ost. Vereinigung im Konflikt, Berlin, S. 7.

*regressiv, nicht vernünftig*<sup>23</sup>. Die Wirkungsmacht dieser Tradition ist in der Bundesrepublik weit größer, als viele annehmen.<sup>24</sup> Worauf es mir an dieser Stelle ankommt, ist zum einen der Hinweis, daß die (neo)marxistische Denktradition durchaus mit der realen Möglichkeit *eines Sozial- bzw. Klassenlagen wie Partei- und Milieubindungen überwölbenden »Wir-Bewußtseins« rechnet*. Zum anderen ist ein von Großgruppen oder Teilgesellschaften ausgebildetes »Wir« mit Sicherheit ambivalent; es läßt sich jedoch erst *nach* einer Analyse sagen, ob jenes »Wir« reaktionär bzw. regressiv ist.

Nach der zweiten einflußreichen geistigen Strömung widerspricht die Herausbildung von »ostdeutschem Wir-Bewußtsein« der Entwicklung moderner Gesellschaften, erscheint als unzeitgemäße Wiederbelebung von Gemeinschaftsdenken. Über die Einwände gegenüber dem Gemeinschaftsbegriff in der alten Bundesrepublik bemerkt Walter Reese-Schäfer: »Selbst wenn man nicht als erstes an die nationalsozialistische Volksgemeinschaft oder ... Ulbrichts sozialistische Menschengemeinschaft denkt, ist doch in der ... wissenschaftlichen Beschäftigung mit diesem Thema immer wieder der Weg von der traditionellen Gemeinschaft zur modernen Gesellschaft, von der Einbindung der Menschen in hergebrachte Strukturen zu ihrer Emanzipation als Individuum nachgezeichnet worden«<sup>25</sup>. Diese Einwände sind berechtigt. Doch ich sehe aber auch, daß der besondere westdeutsche Entwicklungsweg lange Zeit die Verbreitung der aberwitzigen Vorstellung von einem »wir-losen Ich« begünstigt hat. Diskursbestimmend wird jedoch immer mehr die Position, nach der die Freisetzung der Individuen aus sozialen Bindungen und die Erosion bisher gültiger Orientierungen, die Erfahrung der Entwurzelung, *mit Notwendigkeit die Suche nach Gemeinschaft(en) hervortreibt*. Hitzler hat »posttraditionale Vergemeinschaftung« als neue Form der Sozialbindungen beschrieben. Zu ihren Kennzeichen gehört, daß sie auf einer jederzeit kündbaren Mitgliedschaft, auf Akten freiwilliger Selbstbindung beruhen. Sie verfügen daher über ein begrenztes Gewalt- und Normierungspotential, begrenzt auf das, was ihnen von den Mitgliedern zugebilligt wird. »Sie können den Einzelnen nicht zur Mitgliedschaft verpflichten, sondern ihn... lediglich zur Mitgliedschaft verführen (oder davon abschrecken).«<sup>26</sup>

Aus diesen Erwägungen lassen sich hinsichtlich der *Möglichkeit und Beschaffenheit* eines »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« einige Schlüsse ziehen.

1. Wenn von ihm die Rede ist, so handelt es sich um das »Wir« einer komplexen, sozial differenzierten (Teil)Gesellschaft in Gestalt eines Klassen-, Milieu- und Parteigrenzen überbrückenden Bündels von Vorstellungen/Gefühlen/Wahrnehmungsweisen.

2. Das »Ostdeutsche« an diesem »Wir« kann nur ausdrücken, daß seine (potentiellen) Träger Menschen sind, die *aus dem Osten kommen, hier gelebt haben oder/ und hier leben*.

3. Auf welche Weise erschließen sich empirisch Konturen »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«? Einen Zugang findet man über kollektive Selbst- und Fremdbilder: »*Kollektive Identitäten, das sind von vielen geteilte Vorstellungen über Zusammengehöriges und Trennendes*«<sup>27</sup>.

4. Wie aber können sich von vielen Ostdeutschen geteilte Vorstellungen über Zusammengehöriges und Trennendes einstellen? Aufgrund der Individualisierungsprozesse kann zu »ostdeutschem Wir-Bewußtsein« niemand verpflichtet werden. Vor allem zwei Entstehungsbedingungen für »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« lassen sich angeben: Das sind zum einen »... *Gleichartigkeiten des Erfahrungszusammenhanges und der Lebensgeschichte unterhalb, jenseits und in Auseinandersetzung mit Institutionen und Organisationen...*«<sup>28</sup>. Insofern Transformation und Vereinigung die verschiedenen Bevölkerungsgruppen zwar allesamt, aber auch in unterschiedlichem Maße tangieren und die verschiedenen Gruppen über unterscheidbare Ressourcen und Bewältigungsstrategien gebieten, stellt sich eine Gleichartigkeit von Erfahrungszusammenhängen nicht allein von selbst ein: »*Wir-Bewußtsein*« als Form der Identitätsbildung ist daher zum anderen immer zugleich Medium und Ergebnis von »*Identitätskommunikation*«<sup>29</sup>.

*Konturen »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«*

Abbildung 1 (im Anhang) präsentiert die Grundanker im Überblick, die nachfolgend erläutert werden sollen.

Grundanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins«

Varianten kollektiver Selbstwahrnehmung und -bezeichnung, deren gemeinsamer Nenner in der *Gewißheit* besteht, nicht-westdeutsch zu sein;

ähnliche *Erfahrungen mit den übernommenen Institutionen: Institutionen sind immer auch Privilegienordnungen;*

vornehmlich auf *prosozialistische Einstellungen* gegründete Distanz zu Elementen der aktuellen Verfaßtheit wie der sich abzeichnenden Richtung, in die die Bundesrepublik treibt;

ein Selbstverständnis, demzufolge die »*Wir-Gruppe*« über *Wissensbestände und Erfahrungen verfügt, die Westdeutschen fehlen* oder/und für deren Wert sie keine Antenne haben;

*selektive Rückgriffe auf Vergangenes*, wobei die (unterschiedlich erlebte und reflektierte) DDR-Vergangenheit sowie die Gewinne und Verluste im Vereinigungsprozeß eine zentrale Rolle spielen;

ein wachsendes (unterschiedlich ausgeprägtes und gerichtetes) *Unbehagen an westdeutscher Vormacht und Dominanz;*

Wie die Tabellen 1 bis 5 (im Anhang) zeigen, werden Selbstbezeichnungen als Ostdeutsche/r und Selbstwahrnehmungen als Eizengruppe von vielen favorisiert. Die sich darin ausdrückende *Gewißheit, nicht-westdeutsch zu sein* (Anker 1), bildet die Klammer unterschiedlicher »Wir-Bezüge«. Belegen die hierzu präsentierten Befunde relativ klar Bindungen *an* und die stabile oder wachsende Hinwendung *auf* die teilnationale Einheit der neuen Bundesländer, so konkurrieren zwei unterschiedliche Akzente setzende Lesarten dieses Sachverhalts:

Die erste Lesart besagt, aus der Sicht vieler Ostdeutscher könne man nur schwer Ostdeutscher und zugleich Bundesbürger sein, es handle sich um konkurrierende Gruppenzugehörigkeiten<sup>30</sup>. Nach der zweiten Lesart stehen die Selbstbezeichnungen und -wahrneh-

28 Ralf Bohnsack (1995): Interaktion und Kommunikation, in: Korte, H. & Schäfers, B. (Hrsg.) (1995): Einführung in die Hauptbegriffe der Soziologie, Opladen, S. 47.

29 Klaus Eder (1990): Kollektive Identität, historisches Bewußtsein und politische Bildung, in: Umbrüche in der Industriegesellschaft, Bonn, S. 364.

30 Vgl. Thomas Blank (1997): Wer sind die Deutschen? Nationalismus, Patriotismus, Identität – Ergebnisse einer empirischen Längsschnittstudie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 13/97, S. 41.

31 Wolfgang Pfeiler (1998): Wann wächst zusammen, was zusammengehört? Deutschland auf dem Weg zur inneren Einheit, in: Deutschland Archiv, H. 2, S. 279.

mungen als Ostdeutscher »... zu jeder Zeit zum gesamtdeutschen Nationsgefühl nur in einer Teilmengenrelation«<sup>31</sup>. Sollte die erste Lesart zutreffen, so ist die Welt der Westdeutschen von der der Ostdeutschen in der Wahrnehmung vieler grundsätzlich geschieden! Man sieht sich auf einem *anderen* Boot. In diesem Falle hätte alle Politik schlechte Karten, die davon ausgeht, daß sich die Wahlkampfthemen und Probleme in Ost und West immer mehr angleichen. Die Aufgeschlossenheit (im Osten) dafür wäre weitaus größer, wenn die zweite Lesart der Realität näher sein sollte.

Inzwischen haben die Bürger der neuen Bundesländer vielfältige Erfahrungen mit den Ordnungsleistungen der aus dem Altbundesgebiet übernommenen Institutionen sammeln können. Zu diesen Erfahrungen gehört, daß die transferierten Institutionen (vom Arbeitsamt bis zum Bundesverfassungsgericht) nicht nur schützen und hegen, sondern ebenso Verhaltensweisen wie Problemlösungsmuster privilegieren bzw. ausschließen. In diesem Sinne werden die übernommenen Institutionen (*auch*) als *Privilegierungsordnung* (Anker 2) wahrgenommen. Diese Formel bündelt vielfältige und unterschiedliche Erfahrungsbestände von »Eliten« wie »Nicht-Eliten«. Aus der Perspektive der *neuen Eliten favorisieren* die Institutionen ganz bestimmte Problemlösungsmuster, deren Angemessenheit für östliche Problemlagen oft fraglich scheint. Dies erschließt sich freilich auch Teilen der Nicht-Eliten, deren Erfahrungshorizonte überdies davon geprägt sind, daß Institutionen bestimmte Haltungen prämiieren. Insofern der Zugang zu gehobenen und Schlüsselpositionen in den Institutionen sich ebenfalls an Einstiegsvoraussetzungen anlehnt, die in den alten Bundesländern gelten, haben ostdeutsche Anwärter oft schlechtere Karten, zumal der Einsatz zugewanderter Eliten ohnehin objektiv die Karriereöglichkeiten von Einheimischen auf Jahre limitiert.

Zu den stabilsten und am meisten ausgeprägten kollektiven Selbstwahrnehmungen gehört offenbar das Gefühl, Bürger zweiter Klasse im vereinigten Deutschland zu sein (vgl. Tabelle 6). Wenngleich die Zustimmung überwältigender Mehrheiten zu dieser Antwortvorgabe sich aus sehr unterschiedlichen und gegenläufigen Erwägungen speist; und zudem noch das Gefühl »Bürger 2. Klasse« zu sein, mehrere Bedeutungen hat, die sich im Verlaufe der Zeit in ihrer Wichtigkeit veränderten<sup>32</sup>, so geht die Wahrnehmung der von den westdeutsch geprägten Institutionen ausgehenden privilegierenden wie diskriminierenden Ordnungsleistungen in dieses Gefühl ein.

In dieser Hinsicht drängen sich mir drei Wahrnehmungen auf: a) es gehört zu der Kehrseite der skizzierten Wahrnehmung der übernommenen Institutionen, daß Individuen und Gruppen die bestehende Partizipations- und Einflußmöglichkeiten unterschätzen und ausschlagen; b) gibt es in den neuen Bundesländern eine breitgefächerte und eigenständige Kritik an Institutionen und sozialen Sicherungssystemen, die allerdings von sehr verschiedenen Positionen erfolgt. Und es findet c) eine Art »Kulturkampf« statt: »Es wird um westliche Werte gestritten... Dieser Streit geht durch Freundeskreise, Familien und Parteien. Es geht dabei vor allem um den prinzipiellen Konflikt zwischen Freiheit und Gleichheit.«<sup>33</sup>

32 Vgl. Dieter Walz/Wolfram Brunner (1997): Das Sein bestimmt das Bewußtsein. Oder: warum sich die Ostdeutschen als Bürger 2. Klasse fühlen, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 51, S. 13-19.

33 Klaus Hartung (1997): Was der Westblick im Osten übersieht. Überlegungen zum Jahrestag der Einheit, in: DIE ZEIT, Nr. 41, vom 3. Oktober, S. 4.

Als dritter Grunddanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« läßt sich eine aus unterschiedlichen Quellen gespeiste *Distanz zu Elementen der Verfaßtheit sowie zu der Entwicklungsrichtung der Bundesrepublik* identifizieren. Das bei weitem wichtigste und folgenreichste Distanzierungssyndrom sehe ich in der vollendeten oder unvollendeten »sozialistischen Trias« (positive Haltung zur Idee des Sozialismus plus prosozialistische Einstellungen ostdeutscher Mehrheiten plus Präferenz für einen bestimmten Demokratietyp – das Modell des demokratischen Sozialismus). Im Gegensatz zu Verlautbarungen von Politikern der CDU wie der SPD hat der Zusammenbruch des Kommunismus die »Idee des Sozialismus« weniger diskreditiert, als ursprünglich angenommen (Tabelle 7). Die Befunde der Umfrage und Meinungsforschung weisen zudem im Osten eine Dominanz »prosozialistischer« Werte und Einstellungen nach der Formel G3+S (Gerechtigkeit / Gleichheit/ Gemeinschaftlichkeit + Erwartungen an die Staatstätigkeit) aus<sup>34</sup>. Die meisten Ostdeutschen sind »unbewußte Sozialisten« geworden und geblieben<sup>35</sup>. Schließlich konnten Fuchs/Roller/Weßels zeigen, daß »das institutionelle Lernen der Bürger der neuen Länder in der früheren DDR.... dazu geführt (hat), daß diese bestimmte Prinzipien betonen, die zur Präferenz eines anderen Demokratiemodells führen als desjenigen, das durch die Verfassung des vereinigten Deutschland eingerichtet ist. Dabei handelt es sich um Formen direkter Bürgerbeteiligung.... und vor allem soziale Grundrechte.«<sup>36</sup>

Dieses Modell hat Fuchs an anderer Stelle als »Modell des demokratischen Sozialismus«<sup>37</sup> bezeichnet und zugleich herausgearbeitet, daß es sich um *legitime Vorstellungen* im Rahmen dessen handelt, was Demokratie alles sein kann (siehe Abb. 2 im Anhang).

Der »sozialistischen Trias« kommt m.E. eine reale und legitime (Hilfs-)Funktion beim Bestimmen des künftigen Kurses der Bundesrepublik insofern zu, als sie sogenannten marktwirtschaftlichen Erneuerungen gewisse Fesseln auferlegt, Grenzen setzt. Die sozialistische Trias als Repertoire von Denk- und Verhaltensmustern ist freilich ambivalent und bedarf dringend der Ergänzung wie Bereicherung<sup>38</sup>. Für die PDS bedeutet sie eine Chance, für die CDU ist sie bedrohlich. Und die SPD versetzt sie in eine paradoxe Situation: Die SPD ist wie keine andere politische Kraft Ursprung und Heimstatt eines demokratischen Sozialismus, aber die Träger dieser Option in der SPD befinden sich in einer marginalen Position. Obgleich in Ostdeutschland eine Nachfrage nach praktikablen entsprechenden Politikansätzen und -Konzepten besteht und die SPD fest entschlossen ist, für einen Politikwechsel Mehrheiten zu gewinnen, zieht sie mit »dem marktwirtschaftlichsten Programm, das die SPD je hatte«, in den Wahlkampf. In der Sache steht es »neoliberalen« Politikansätzen näher als »sozialistischen«. Mithin klaffen Politikangebot der SPD und (eigentliche) Nachfrage auseinander. Diese Kluft schließt nicht aus, Wahlen zu gewinnen. Doch bezweifele ich, ob sie auf Dauer überbrückt werden kann.

Daß die Ostdeutschen *exklusive Träger von Erfahrungen und Wissensbeständen* seien, die der Mehrzahl der Westdeutschen nicht zugänglich sind, läßt sich als vierter Grunddanker ihres »Wir-Bewußtseins« festhalten. Die soziale, kulturelle und politische Diffe-

34 Vgl. Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie des vereinigten Deutschland. Oder: Wann ist ein Unterschied ein Unterschied?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 51.

35 Vgl. Peter Bender (1992): Unsere Erbschaft. Was war die DDR – was bleibt von ihr?, Hamburg/Zürich; Ders. (1997): Gastkolumne. Unbewußte Sozialisten in Ost und West, in: Neues Deutschland, vom 29./30. März.

36 Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie..., a.a.O., S. 11.

37 Dieter Fuchs (1997): Welche Demokratie wollen die Deutschen? Einstellungen zur Demokratie im vereinigten Deutschland, in: Gabriel, O. (Hrsg.): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen im vereinigten Deutschland, Opladen, S. 105.

38 Vgl. Thomas Koch: Unbewußter Sozialismus und acht Lernziele, in: Neues Deutschland vom 15./16. Februar 1997.



renzierung der ostdeutschen Teilgesellschaft wirkt sich in Gestalt konkurrierender Vorstellungen über Träger und Inhalte jener exklusiven Erfahrungen aus. Exklusivität von Erfahrungen und Wissensbeständen wird in folgender Hinsicht beansprucht:

- a) »wie das Leben in der DDR wirklich war«;
- b) das Agieren unter zwei Wirtschafts- und Sozialordnungen;
- c) für eine Minderheit ist leitend, »wir haben die friedliche Revolution gemacht«;
- d) die Gewißheit, von *Lebensmöglichkeiten ausgeschlossen zu sein* – teils vor 1989 oder /und seit 1989 (»vierzig verlorene Jahre«/»zum zweitenmal betrogen«/»zum zweitenmal enteignet«);
- e) in Teilen des ostdeutschen Managements ist die Gewißheit verbreitet, man sei *besser für »Krisenmanagement« konditioniert als die importierten Eliten*, die unter den Bedingungen einer »Fettlebe« sozialisiert worden seien;
- f) schließlich besteht eine erhebliche *Frustration* darüber, daß »wir in Ostdeutschland mehr konsumieren und verbrauchen als es uns derzeit zu erarbeiten möglich ist«.

Überzeugungen der skizzierten Art stehen einmal in ihrer Mehrzahl für ein neues Selbstbewußtsein im Osten und nicht gerade für Minderwertigkeitskomplexe. Dies hat m.E. Konsequenzen, wie Individuen und Gruppen *anzusprechen* sind. Zum zweiten stellt sich die Frage nach dem sachlichen bzw. normativen Bezug dieser kollektiv geteilten Vorstellungen, nach ihrer Adäquatheit und Stabilität. Zum dritten bieten mindestens die unter b), c), e) und f) aufgeführten Überzeugungen Anknüpfungspunkte für Problemlösungen: wenn der Osten ohne selbstbestimmte(!) Experimente, ohne das Beschreiten anderer als bisher praktizierter Wege nicht aus seiner Misere herauskommt, dann liegt das keineswegs außerhalb des Denkbaren der hier lebenden Menschen.

Als fünfter Grundanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« lassen sich *Rückgriffe auf Vergangenes* ausmachen, die zum einen dadurch gekennzeichnet sind, daß die unterschiedlich erlebte und reflektierte *DDR-Vergangenheit* unter allen möglichen Vergangenheiten eine zentrale Rolle spielt. Zum anderen will sich eine »Totalablehnung« der DDR im Rückblick auch am Ende der neunziger Jahre nicht bei Mehrheiten einstellen.<sup>39</sup>

In der Literatur wird ein solcher Rückgriff auf Vergangenes oft und nicht sehr zutreffend als »Nostalgie« bezeichnet. Dabei ist es für die politische Praxis, für das Initiieren von Lernprozessen, für die politische Bildung sinnvoll, in Anlehnung an Lothar Fritze<sup>40</sup> verschiedene Formen zu unterscheiden und deren je subjektiv gemeinten Sinn zu entschlüsseln.

Die in den Vergangenheitsbezügen zum Ausdruck kommenden Gewinn-Verlust-Rechnungen stellen sich nach einem Systemwechsel zwangsläufig ein. Sie werden von Maßgaben geleitet, in denen die oben skizzierte »sozialistische Trias« mitschwingt. Diese Koordinaten sind ebenso kritisch zu hinterfragen als auch politisch aufzugreifen. Den produktiv-kritisch aufzugreifenden politischen Impuls sehe ich darin, daß die »Marginalisierung und Ausgrenzung einer neuem Unterklasse«<sup>41</sup>, zu der sich selbst überlassene Marktwirtschaften tendieren, als unzulässig gilt.

39 Vgl. Gunnar Winkler (1997): *Leben in Ostdeutschland*, in: Sozialreport 1997. Daten und Fakten zur sozialen Lage in den neuen Bundesländern, herausgegeben vom SFZ durch Gunnar Winkler, Berlin, S. 11-63.

40 Vgl. Lothar Fritze (1997): *Die Gegenwart des Vergangenen...*, a.a.O., insbesondere S. 93-133.

41 Claus Offe (1996): *Moderne »Barbarei«: Der Naturzustand im Kleinformat?*, in: Miller, M./H.-G.

Als sechster Grunddanker »ostdeutschen Wir-Bewußtseins« ist das *wachsende Unbehagen an westdeutscher Vormacht und Dominanz* hervorzuheben. Es speist sich aus drei Hauptquellen. Zu konstatieren ist eine massive *Erosion des Vertrauens in »westliche Problemlösungsmuster«*. Zweifellos hat die Einheit den Ostdeutschen objektiv vieles gebracht, aber eines gerade *nicht* – eine selbsttragende Wirtschaftsentwicklung. Eine solche Entwicklung, von der die Zukunftsfähigkeit Ostdeutschlands und die Lebenschancen seiner Bewohner abhängt, ist nach Expertenurteil bei dem noch verbliebenen Industriebesatz und unter sonst gleichen Bedingungen auch nicht möglich. Als zweite Quelle des Unbehagens an westdeutscher Dominanz schlägt der zum Teil exzessive Einsatz importierter Eliten zu Buche, und zwar insofern, als er objektiv den Zugang von einheimischen Anwärtern zu gehobenen und Schlüsselpositionen auf Jahre blockiert (vgl. Tabelle 8 im Anhang).

Die dritte Quelle ihres Unbehagens gründet sich darauf, daß die Einheit für die Ostdeutschen mit einem hohem Maß an *Fremdbestimmung* verbunden ist. *Fremdbestimmt* nenne ich politische Entscheidungen in Hinsicht auf Ostdeutschland dann und insofern, als sie nach Maßgaben erfolgen, die vorrangig an westdeutschen Rationalitäten, Kalkülen, Ressentiments, Machtbalancen und Klientelen orientiert sind. Und dies bedeutet, daß reale Gegebenheiten und Entwicklungsnotwendigkeiten der neuen Bundesländer wie in einem Prisma gebrochen oder gar außen vor gelassen werden. Nicht nur nahezu alle politischen Entscheidungen seit 1990 (»Rückgabe vor Entschädigung«), sondern auch die *Ratschläge an politische Freunde* in den neuen Bundesländern ( auf welche Koalition die Regierung in Magdeburg sich gründen müsse) folgen dieser Matrix.

Was bedeuten die drei Komponenten, an denen sich das Unbehagen an westlicher Vormacht festmacht, für Politik in, aus und für Ostdeutschland? Sie wird inhaltlich wesentlich durch einen Wettbewerb über Wege und Mittel einer selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung bestimmt werden. SPD und PDS haben bereits konkurrierende Modelle in Gestalt ihre Wahlprogramme (im Falle der PDS ist zudem das »Rostocker Manifest« von Belang) vorgelegt. An dem massiven Einsatz importierter Eliten in Ostdeutschland einerseits und andererseits an der selbstverständlich Netzwerkgeleiteten Vergabe von Aufträgen aller Art (Expertisen, Beauftragen von Meinungsforschungsinstituten, Unternehmen der freien Wirtschaft usw.) durch diese Eliten haben Entscheidungsträger der CDU-Ost wie der SPD-Ost ihren Anteil. Die Personalentscheidungen haben neben positiven Effekten – einem Zuwachs an Sachverstand – nicht-intendierte negative Folgen, die nur »verwaltet« werden können. Denn selbstverständlich sind Arbeitsverträge einzuhalten. Dazu gehören blockierte Karrieremöglichkeiten für einheimische Anwärter wie eine schwache regionale Verankerung der Parteien selbst. SPD und CDU stehen schließlich dafür ein, daß die ostdeutschen Probleme nur gesamtdeutsch gelöst werden könnten. Ihre gesamtdeutsche Existenz betrachten sie als einen strukturellen Vorteil beim Vertreten ostdeutscher Belange und Interessen. Da indes die ostdeutschen Gliederungen relativ schwache Formatio-

Soeffner (Hrsg.): Modernität und Barbarei. Soziologische Zeitdiagnose am Ende des 20. Jahrhunderts, Frankfurt/M., S. 274.

nen sind und noch dazu eine unversöhnte innere Heterogenität aufweisen, bietet bundesweite Präsenz dafür nur die *Möglichkeit*. Tatsächlich erweist sie sich oft als Vehikel der Fremdbestimmung. Aus diesem Grunde liegen m.E. institutionelle Vorkehrungen, wie sie das »Rostocker Manifest« vorschlägt (Veto-Recht der neuen Bundesländer/Innovationsbank Ost) oder Anleihen bei der von der Regierung Blair ermöglichten schottischen Lösung (Autonomie; eigenes Parlament; begrenzte Steuerhoheit) gleichsam in der Luft. Bemerkenswert ist zudem die Resonanz auf die Hauser-These (vgl. Tabelle 9), derzufolge das Wahlverhalten der Ostdeutschen die Solidarität der alten Bundesländer gefährdet.

### *Ostdeutsche Interessenlagen*

In Anlehnung an eine bereits oben zitierte Position wird hier die Auffassung vertreten, daß es ein Set übergreifender Ost-Interessen gibt und Ost-Identität ein Medium ist, solche Interessen zu definieren und zu artikulieren:

das Interesse an einer *selbsttragenden Wirtschaftsentwicklung*;  
übereinstimmende Interessenlagen, die sich daraus ergeben, daß die überwältigende Mehrheit der Ostdeutschen als *Nicht-Eigentümer* – in einer auf die ermöglichenden Potenzen des Privateigentums setzenden Gesellschaft – *lohn-, gehalts- oder/und sozialstaatsabhängig ist, über keine größeren Rücklagen* verfügt, eher zu den *Mietern und Pächtern* als zu den Grundstückseigentümern gehört.

Während in den alten Bundesländern Strategien und Konzepte zum Umbau des Sozialstaates nicht ganz unbegründet auf die in vielen privaten Haushalten (»Generation der Erben«) akkumulierten Vermögensbestände abheben, entfällt diese Option in den neuen Bundesländern weitgehend. Zudem ist »mit der Vereinigung eine Bevölkerungsgruppe (die Ostdeutschen - T.K.) hinzugekommen, die fast einstimmig Sozialleistungskürzungen ablehnt«<sup>42</sup>.

Zum dritten verdient eine spezifische Wertbezogenheit ostdeutscher Interessenlagen Beachtung, weil sie auf die zu formulierenden Ziele wie auf die Rechtfertigung der Mittel, mit denen diese Ziele zu verfolgen sind, ermöglichend und begrenzend durchschlägt: »*der ostdeutsche Wertehaushalt ist ein sozialdemokratischer*«<sup>43</sup>. Allerdings nicht im parteipolitischen Sinne.

Die konfessionsfreien Mehrheiten haben ein Interesse, von einer *macht- und institutionengestützten Re-Christianisierung verschont zu bleiben*..<sup>44</sup>

*Keine, allenfalls partielle Restauration von sozialen Strukturen und Restitution von Besitzständen*, die nach 1945 und im Verlauf der DDR-Geschichte ihren Eigentümern genommen wurden – in dieser Weise läßt sich eine weitere übergreifende Interessenlage von Mehrheiten fassen.

Mögen Restitutionsen, so läßt sich in Anlehnung an Jacob Burckhardt festhalten, »...vielleicht an und für sich eine Herstellung der Gerechtigkeit, ja eine Herstellung der unterbrochenen Totalität der Nation« bedeuten, so sind sie praktisch aber genau um so viel gefährlicher, je umfassender die vorangegangene Umwälzung war. Die Ansprüche von Emigranten und ihren Nachfahren treffen bei

42 Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weßels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie..., a.a.O., S. 7.

43 Rolf Reißig: Der Osten will nicht verachtet werden, a.a.O.

44 Vgl. Klaus Schlesinger (1998): Von der Schwierigkeit, Westler zu werden, Berlin; Wolfgang Lüder (1998): 10 Gebote der Humanisten an die Christen für Toleranz und Menschenwürde. Zur Auseinandersetzung mit christlichen Machtansprüchen in der Demokratie, in: Humanismus heute, H. 2, S. 5-7.

den heute im aktiven Lebensalter stehenden Generationen auf Menschen, deren gesamte Existenz einerseits auf der Zerstörung des *Staus quo ante* beruht und die andererseits selbst größtenteils schon nicht mehr in die damaligen Aufhebungen von Eigentums- und Besitzverhältnissen involviert waren. Daher betrachten sie die Restitutionsen, die man ihnen abverlangt, als Unrechtsakte, als Beschneiden von Zukunftsmöglichkeiten.<sup>45</sup> Und dies betrifft nicht nur die Resultate der Bodenreform. Der Begehrlichkeiten sind viele.

### *Fazit*

Beim Betrachten ostdeutscher Identitäts-Genese seit 1990 als Realprozeß und mit Blick auf dessen öffentliche Reflexion scheint mir eines hervorhebenswert: Was sich dem Beobachter in der ersten Hälfte der neunziger Jahre noch als unübersichtliche Gemengelage, als eigenartige Mischung präsentierte, ist nunmehr klar geschieden und läßt sich voneinander abheben. »Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« und »völkische Wir-Bezüge« im Osten repräsentieren zwei sehr verschiedene Konfigurationen. Daher lassen sie sich auch nicht auf einen Nenner bringen.

»Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« impliziert zwar in der Sache eine Art Entwicklungsnationalismus, der aber universalistischen Ansprüchen verpflichtet bleibt, Differenz aushält, Fremde anerkennt und sie zur Mitwirkung an einem zukunftsfähigen Ostdeutschland einlädt. Noch in den Randzonen jenes »Wir« wirkt es als Bollwerk wider rassistische Ambitionen. »Ostdeutsches Wir-Bewußtsein« ist keineswegs Medium antidemokratischer Ressentiments, sondern sucht im »demokratischen Sozialismus« als Demokratie-Typus seinen eigentlichen Ausdruck. Dies schließt ein, daß für seine Träger die Aussonderung einer neuen Unterklasse unzumutbar, nicht tolerierbar ist. Ihr Credo lautet vielmehr: Lebensmöglichkeiten für alle. Aus diesen Gründen empfiehlt sich »ostdeutsches Wir-Bewußtsein« als unersetzbar und zu pflegende Ressource für all jene Politikansätze, die in, aus und für Ostdeutschland Reformen mit gesamtdeutschem Anspruch wagen wollen.

45 Vgl. Jacob Burckhardt (1905/1985): Weltgeschichtliche Betrachtungen. Historische Fragmente, Leipzig, S. 180-181.

46 Elisabeth Noelle-Neumann (1994): Wenig Neigung zur Demokratie. Ein demokratisches Porträt der PDS-Anhänger, in: FAZ vom 28. Juni; Dies. (1996): Die Einsamkeit der CDU-Wähler im Osten, in: FAZ vom 17. April.

47 Max Kaase (1996): Die Deutschen auf dem Weg zur inneren Einheit. Eine Längsschnittanalyse von Selbst- und Fremdbildern bei West- und Ostdeutschen, in: Rudolph, H. (Hrsg.): Geplanter Wandel, ungeplante Wirkungen. Handlungslogiken und Ressourcen im Prozeß der Transformation, Berlin, S. 174.

48 Oscar W. Gabriel (1996): Politische Orientierungen und Verhaltensweisen, in: Kaase, M. u.a.: Politisches System (Bericht 3 der KSPW), Opladen, S. 243.

49 Dieter Fuchs/Edeltraud Roller/Bernhard Weißels (1997): Die Akzeptanz der Demokratie..., a.a.O., S. 88.